

OGE-Forderungen für ein 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist eng verbunden mit einem verlässlichen, resilienten und bezahlbaren Energiesystem. Diese enge und funktionale Verbindung schafft die Grundlage für Arbeitsplätze und Wohlstand und bildet die Basis für den Erfolg Deutschlands im globalen Wettbewerb. Infrastrukturen sind dabei das stabile Rückgrat dieses Systems und leisten ihren Beitrag zur sicheren Energieversorgung. OGE baut und betreibt Transportinfrastrukturen – heute für Erdgas und in Zukunft für Wasserstoff sowie CO₂. Damit der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland auch in Zukunft ein Land der Innovationen ist – mit starken und widerstandsfähigen Infrastrukturen für Wasserstoff als Energieträger und Carbon Management als Dekarbonisierungs-lösung – werden große Anstrengungen nötig sein. Mit einem ambitionierten 100-Tage-Programm sollte die neue Bundesregierung mit folgenden Gesetzen und Initiativen schnellstmöglich die Weichen stellen für den H₂-Hochlauf und das Carbon Management.

- 1. Kurzfristige Verabschiedung der Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG):** Das Gesetz schafft die Grundlage für den CO₂-Transport und das entsprechende Transportnetz zum Zwecke von CCU/S und leistet somit einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Grundstoffindustrie wie beispielsweise Kalk, Zement, Abfall, Stahl und Chemie. Ohne das Gesetz können Genehmigungsverfahren für den Aufbau der CO₂-Infrastruktur und somit auch Dekarbonisierungsprojekte nicht begonnen werden. Der zügige Aufbau der Infrastruktur gelingt zudem nur, wenn das überragende öffentliche Interesse im Gesetz verankert wird.
- 2. Ausschreibung von Gaskraftwerken:** Der Ausbau von neuen Gaskraftwerkskapazitäten, ursprünglich geplant im Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG), schafft Versorgungssicherheit, befördert die Transformation der Stromproduktion, unterstützt gleichzeitig den Wasserstoffhochlauf und ermöglicht den Kohleausstieg. Die Ausschreibungen neuer Kapazitäten sind ein wesentlicher Schritt für eine erfolgreiche Energiewende. Sie fördern den Ausbau moderner, effizienter und zukunftsfähiger Energieinfrastrukturen.
- 3. Abbau regulatorischer Barrieren für Wasserstoff auf EU-Ebene:** Die Regulierung zur Produktion und Definition von erneuerbarem und kohlenstoffarmem Wasserstoff erschwert die Wirtschaftlichkeit von Wasserstoffprojekten und bremst Investitionen in erheblichem Maße. Besonders herausfordernd sind die strengen Kriterien im delegierten Rechtsakt zu erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs. Auch der Entwurf des Delegierten Rechtsaktes zu Low Carbon Fuels bringt weitere regulatorische Hürden mit sich. Die Ziele zur Wasserstoffproduktion sind damit nicht ansatzweise erreichbar. Die neue Bundesregierung muss sich daher in Brüssel für eine Überarbeitung der bestehenden Regelungen einsetzen, um den Hochlauf zu ermöglichen, statt ihn im Keim zu ersticken.
- 4. Zertifizierung von Wasserstofftransportnetzbetreibern (§ 118(5) EnWG-E):** Zum Ende der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Übergangsregelung im EnWG zur Zertifizierung von Wasserstofftransportnetzbetreibern im Sinne der neuen EU-Gas-Richtlinie erarbeitet, welche schnellstmöglich verabschiedet werden muss. Diese Regelung im §118(5) ist erforderlich, um den deutschen Wasserstofftransportnetzbetreibern die Mitwirkung an der europäischen Netzplanung im Rahmen der neuen Institution ENNOH zu ermöglichen.

Ansprechpartner:

